

## „Bohren harter Bretter“

# Projektgruppe überprüft 284 Vorschriften

In Anwesenheit von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) setzte der Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform am 5. Mai 1982 seine Beratungen zur Überprüfung von Ausstattungsstandards im kommunalen Bereich fort. Dabei erklärte Staatssekretär Karl Friedrich Brodesser, die vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung Mitte November 1981 angekündigte „Operation“ könne der Form nach so wie vorgesehen bis zum 30. Juni abgewickelt werden.

Ausschußvorsitzender Dr. Bernhard Worms (CDU) bedankte sich beim Innenminister und den Mitarbeitern der eingesetzten Projektgruppe sehr herzlich für die bislang geleistete Arbeit, die, wie man wisse, dem Bohren harter Bretter gleichkomme. Die Anregungen der Fraktionssprecher Gerd Wendzinski (SPD) und Johannes Kaptain (CDU) auf weitere Beteiligung des Ausschusses vor der endgültigen Entscheidung aufgreifend, gab Worms zum Schluß der Sitzung bekannt,

man werde bereits am 28. Mai weiter miteinander über die noch offenen Fragen reden.

Staatssekretär Brodesser teilte mit, durch Kabinettsbeschlüsse von Anfang März 1982 seien im einzelnen die Vorschriften festgelegt worden, die unter den Prüfungsauftrag fallen. Es handele sich dabei insgesamt um 284 Vorschriften. Neben der Überprüfung im Hinblick auf die Ausstattungsstandards würden die Vorschriften auch hinsichtlich der Anpassung an die Verwaltungsvorschriften über Zuwendungen an die Kommunen hin überarbeitet. Darüber hinaus würden auch Bereiche des Subventionsberichts Kommunen 1981 miteinbezogen. Bei der Überprüfung, welche personellen und sächlichen Vorgaben im Interesse größerer Gestaltungsfreiheit der Gemeinden aufgegeben oder wenigstens reduziert werden sollten, gebe es vier Alternativen: Wegfall (ganz/teilweise), Beibehaltung, Reduzierung und schließlich lediglich Anpassung an die neuen haushaltsrechtlichen Vorschriften. Am 18. Mai werde sich das Kabinett erneut mit den Ausstattungsstandards befassen. Zu dieser Sitzung werde eine einvernehmliche Liste der zur Aufhebung und Beibehaltung empfohlenen Vorschriften vorgelegt. Auch solle dann über Fragen von politischem Gewicht schon eine für die weitere Arbeit wichtige Vorentscheidung des Kabinetts getroffen werden. Als Beispiele für politische Grundsatzfragen nannte der Staats-

sekretär die Bereiche der Regelungen zum Kindergarten und zum Rettungsdienst/Feuerwehr.

Gerd Wendzinski machte auf bekanntgewordene Versuche aufmerksam, daß nachgeordnete Behörden die angestrebten Verbesserungen durch Merkblätter unterlaufen wollen. Er betonte die Notwendigkeit, die strittigen Punkte im Ausschuß vor der endgültigen Entscheidung mitgeteilt zu bekommen, um Gelegenheit zu haben, dies mit den Mitgliedern des fachlich zuständigen Ausschusses für Kommunalpolitik noch abzustimmen. Er sprach sich weiter dafür aus, daß die Vorschriften der sogenannten Liste 2, die aus bestimmten Gründen nicht in den Prüfauftrag einbezogen worden sind, nach der Sommerpause dem Ausschuß hinsichtlich möglicher Bundesratsinitiativen dargestellt werden sollten. Außerdem setzte er sich dafür ein, daß die Vorteile der neuen Verwaltungsvorschriften zu Paragraph 44 Landeshaushaltsordnung für Zuwendungen an die Kommunen mit ihren Vereinfachungen und Erleichterungen auch auf Altbescheide auszudehnen seien. Für die CDU wies Johannes Kaptain darauf hin, daß der Erwartungshorizont vor Ort sehr hoch sei und sich an dem messen lassen müsse, was letztendlich herauskomme. Als weitere Punkte, denen man Beachtung schenken müsse, nannte er nicht veröffentlichte Dienstanweisungen sowie Bewilligungsbescheide mit Auflagen im Einzelfall.

## Hochschulbau . . .

Fortsetzung von Seite 4

geburtstarken Jahrgänge“. In dem Urteil sei sogar die Rede davon, ob es nicht einen subjektiven Rechtsanspruch desjenigen geben könne, der studierfähig sei und das Recht zu studieren habe. Wenn CDU-Politiker erklärten, „der Anzug sei zu weit“, dann müßten sie sich fragen lassen, was sie mit dieser Aussage eigentlich meinten. Tatsache sei doch, daß das Problem der zunehmenden Studentenzahlen gelöst werden müsse. „Der Anzug ist also bei weitem nicht zu weit, sondern alle Hochschulen unseres Landes spüren in welche Klemme sie da kommen.“ Eindringlich unterstrich Trinius, die SPD gehe von der Öffnungspolitik nicht ab. Er

bezeichnete es als „gefährliche Aussage“, die Öffnungspolitik für verfehlt und gescheitert zu erklären. Im Gegenteil müsse man an dieser Öffnungspolitik um der Jugendlichen willen unbedingt festhalten.

Professor Dr. Kurt Biedenkopf (CDU) betonte, das Parlament befasse sich jetzt „mit einem Problem, das etwa sechs Milliarden DM pro Jahr im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausmacht, das viele hunderttausend Studenten betrifft und das die Zukunft unseres Landes ganz maßgeblich beeinflussen wird“. Der Oppositionsführer weiter wörtlich: „Denn die Zukunft dieses Landes wird ganz maßgeblich von der Qualität seiner Hoch-

schulen abhängen.“ Wenn er die Debattebeiträge der Mehrheitsfraktion und die Einführungsrede des Wissenschaftsministers betrachte und sich frage, was studentische Zuhörer, Assistenten und junge Wissenschaftler, die keine Aussicht mehr hätten habilitiert oder als Professor berufen zu werden, aus dieser Debatte hätten mitnehmen können, dann könne er nur sagen: „herzlich wenig“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

## „Flickschusterei“

Biedenkopf beanstandete, eine wesentliche Frage sei in den Reden der Vertreter des Regierungslagers überhaupt nicht angesprochen worden: Welche Konzeption und welche Strategie zur Bewältigung der Probleme liege eigentlich dem Papier vom 25. März über die Konzentration und Neugestaltung von Studiengängen zugrunde? „Die Frage ist doch eigentlich entscheidend; denn die Aufzählung auf 25 Seiten, so verdienstvoll sie ist, von Einzelkürzungen, Stellenstreichungen, Reduktionen von Lehrangeboten an den Universitäten gibt für sich doch keinen Sinn.“ Sie könne eigentlich nur die Konsequenz einer Strategie und einer Zielvorstellung sein, es sei denn, „es ist aus der Tagesnot der finanziellen Lage geborene Flickschusterei“.

Wissenschaftsminister Hans Schwier (SPD) antwortete der Opposition, er führe zur Zeit mit den Hochschulen des Landes ein Gespräch „über eine Vorstellung für die nächsten Jahre, die sicherstellen soll, daß bei nicht mehr wachsenden finanziellen Möglichkeiten die Leistungsfähigkeit von Lehre und Forschung trotzdem erhalten bleibt“.

## WESTFÄLISCHE WR RUNDSCHAU

In die Zange nehmen nach Ansicht der Westfälischen Rundschau Studentenflut und Kostenebbe den Wissenschaftsminister des Landes. Der Kommentar zur hochschulpolitischen Debatte im Plenum des Landtags fährt fort:

### In der Zange

Der Konzentrationsplan, den der Wissenschaftsminister vor einiger Zeit auf den Tisch legte, fordert allerdings so weitgehende Opfer, daß es überall Proteste und Klagen hagelt. Selbst Schwiers Parteifreunde machen Front, wenn es gilt, vor Ort die Streichung eines Studienganges abzuwenden.

Oppositionschef Kurt Biedenkopf erkannte die Brisanz des Themas und griff selbst in die gestrige Landtagsdebatte ein. Er empfahl kurzerhand, nur noch den Begabteren den Einstieg ins Studium zu ermöglichen, um Hochschulen und Arbeitsmarkt gleichermaßen von der Akademikerflut zu entlasten.

Am Arbeitsmarkt orientiert sich freilich auch Hans Schwier, wenn er die Studienplätze für Lehramtskandidaten kräftig zusammenstreichen will. Mit der Schwierigkeit, diese und andere Kürzungen als stimmigen Bestandteil einer Politik der Hochschulöffnung darzustellen, lassen seine Kabinettskollegen den Wissenschaftsminister allerdings allein. Oder lohnt möglicherweise die Gegenrede zum Vorwurf der Union erst gar nicht, Schwiers Amtsvorgänger Rau habe durch eine allzu großzügige Gründungspolitik das jetzt offenbare Dilemma persönlich zu verantworten? Wilhelm Schrader